

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riessa.
Genuss Nr. 20.

Das Riessaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1888
Circuloff Nr. 32.

Nr. 161.

Freitag, 13. Juli 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riessaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juli 1923 1000.— Mark einschl. Dringenderlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des 8. und 9. Monatshefts sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, einseitig, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Der Unterzeichnete ist vom 14. Juli bis 11. August 1923 beurlaubt und wird

während dieser Zeit von

Obern Regierungsrat Glaser

Großenhain, am 12. Juli 1923. R. A. H. n. Amtshauptmann.

Mehl- und Brotpreise und Getreide- und Mehlbestandsaufnahme betr.

Für den Verkauf von Mehl und Brot sind infolge der erheblichen Erhöhung der Arbeitslöhne und der sonstigen Produktionskosten in den Mühlen und Bäckereien für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschl. der verbleibenden Städte Großenhain und Riessa folgende Höchstpreise neu festgesetzt worden:

- a) im Großhandel für Weizenmehl 150 000 M., für Roggenmehl 140 500 M., für 1 da brutto im Verkauf frei Haus,
- b) im Kleinhandel für Weizenmehl 1750 M. für 1 kg für Roggenmehl 1650 M. für 1 kg.
- B. für Brot: für Roggenbrot 1900 M. für 1 kg für Weizenbrot 2715 M. für 1 kg 3400 M. für 1000 gr 1150 M. für 420 gr.

Diese Preise treten vom 16. Juli 1923 ab in Wirksamkeit. Sie dürfen, worauf besonders ausdrücklich hingewiesen wird, nur von diesem Tage ab gefordert werden. Ein früheres Abfordern dieser Preise zieht strafrechtliche Verfolgung nach sich.

Zwecks Nachbestimmung des Unterschieds zwischen dem alten und neuen Preise für die am 15. Juli 1923 nach Geschäftsabschluss vorhandenen Bestände erhalten alle Bäckereien einschl. der Mühlenbäckereien und Mehlhandlungen Aufforderung, über die am 15. Juli 1923 nach Geschäftsabschluss vorhandenen Bestände an

1. Roggen, 5. Weizenmehl 85%, ig.
2. Weizen, 6. Gerstenmehl 75%, ig.
3. Gerste, 7. Roggenbrot,
4. Roggenmehl 85%, ig. 8. Weizenbrot.

spätestens bis zum 19. Juli 1923 unter Benutzung der in ihrem Besitze befindlichen Vordrucke Angaben an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes zu erstatten. Die Bestände sind auf genaue Angaben. Lediglich schätzungsweise Angabe ist unzulässig.

Zwecks Nachprüfung der Richtigkeit der angegebenen Bestände sind weiter alle bis zum 15. Juli 1923 nach Geschäftsabschluss belieferten Brotmarken (bis einschließlich Reihe 4 der laufenden Brotscheine) sorgfältig zu zählen, in vorgeschriebener Weise zu bündeln und zu schnüren und hierauf sofort und spätestens bis zum 19. Juli 1923 an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzuliefern. Auf im voraus belieferte Marken der Reihe 5 bis der laufenden Brotscheine wird Mehl nicht zugewiesen (siehe Bekanntmachung vom 21. Februar 1923.) Der Kommunalverband erwartet im Interesse einer geordneten Geschäftsführung strengste Einhaltung dieser Frist. Auf verspätet eingehende Marken kann Mehl ebenfalls nicht zugewiesen werden.

Zusammenfassend gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden auf Grund von Abschnitt 9 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 bestraft.

Großenhain, am 12. Juli 1923. 1910 I. Der Kommunalverband.

Das 75jährige Bestehen des Gewerbevereins Riessa.

Die Gründung des Gewerbevereins Riessa fällt in das zweitausendjährige Jahr 1848. Wenn wir heute den Blick in jene uns kulturell und geschichtlich schon so fern liegende Zeit werfen, läßt sich doch an der Entwicklungsgeschichte feststellen, daß jene Zeit für Handel und Gewerbe eine neue Schwelle bildete. Hochbeladene Frachtwagen und der Gang wandernder Gesellen belebten ebendieses Landstrichen, die heute von der schreienden Super der dahinschwebenden Autos erfüllt werden. Die Postkutsche lebte noch in ihrer vollen Romantik. Mit dem Bau der Eisenbahnen, deren erste in Sachsen auch unsere Stadt berührte, gelangten die allezeitigen Verkehrsmittel in die Pampellammer. Das Zeitalter des Dampfens war aber auch gleichzeitig dasjenige der Maschine, die die Arbeit der Menschenhand mehr und mehr zu erlösen und überflüssig zu machen begann. Manches ehrsüchtige Handwerk, das vielen fleißigen Bürgerfamilien Jahrhunderte hindurch eine Quelle blühenden Wohlstandes gewesen war, ging unter dem zunehmenden Wettbewerb der Maschinen arbeitenden Fabriken unter. Das wirtschaftlich viel schwächere Handwerk sah sich durch die Konkurrenz der Großbetriebe in seinen Lebensinteressen bedroht und die Gewerbetreibenden schlossen sich zur Verteidigung der gemeinsamen Interessen zusammen, um durch Gründung von Gewerbe- und Handwerkervereinen der Erhaltung und gezielten Fortentwicklung des Gewerbes zu dienen und einen Boden zu schaffen, auf dem die Förderung und Verhandlung über wichtige Fragen und Aufgaben des Handels sich ermöglichen ließen.

In der ersten Sitzung des Gewerbevereins Riessa, die am 13. Juli 1848 in der Wernerschen Bierwirtschaft (jetzt Restaurant zur Burg) stattfand, nahmen folgende 13 Herren teil: Lehrer Arnold, Nadler Fiedler, Werführer Franz, Pharmazent Gräbe, Brauer Föhniche jun., Schneidermeister Pahl, die Lokomotivführer Lieblich, Kobmann und Starke, Gasarbeiter Thiemer, Dr. med. Wahl, Schankwirt Werns und Schuhmacher Wolf. Sie sind als Gründer des Vereins anzusehen. Die verschiedenen Berufsstände lassen schon damals die noch heute übliche Geselligkeit erkennen, neben Handwerfern auch Beamte als Mitglieder aufzunehmen.

Der Zweck des Vereins war hauptsächlich Verbreitung von Intelligenz unter den Gewerbetreibenden, insbesondere aber Förderung gewerblicher und technischer Interessen. Ihn suchte man zu erreichen durch wöchentliche Versammlungen zu gegenseitiger Unterhaltung und Belehrung, durch Vorträge und allgemeine Besprechungen über Tagesfragen, soweit sie die gewerblichen Interessen berührten, sowie ferner durch eine zu gründende Sonntagsschule und durch Einrichtung eines Lesekreises und einer Bibliothek.

Das ebenfalls im Geburtsjahre des Gewerbevereins entstandene Riessaer „Elbeblatt“ (heute Tagesblatt) lenkte die Aufmerksamkeit auf den neugegründeten Gewerbeverein durch einen längeren Aufsatz, in dem u. a. gesagt wurde, daß die schon anderorts bestehenden Gewerbevereine in früherer Zeit bald in engeren, bald in weiteren Kreisen wohnhaft wirkten, indem sie gewissermaßen als eine Wirtshaus für aufsteigende Talente unter den Gewerbetreibenden zu betrachten waren, daß sie jedoch unter dem Druck des damaligen Regierungssystems weder allgemeine Verbreitung finden, noch zu keinem recht feilen, freien und fröhlichen Leben erblühen konnten, wie es wünschenswert gewesen wäre. Erst das im Jahre 1848 geborene „freie Vereinsrecht“ schuf den Vereinen bessere Bedingungen zu ihrer Entwicklung. Die im „Elbeblatt“ ausgesprochene Hoffnung, daß dem Gewerbeverein Riessa eine sonnendehnde Zukunft beschieden sein möge, hatte nicht getäuscht. Mit Unterstützung der heimischen Presse nahm er stetigen Aufschwung.

Das Vereinsstatut trat nach beschließlicher Genehmigung am 29. August 1848 in Kraft und wurde in der Wohllebensden Buchhandlung zur Einsichtnahme für die Öffentlichkeit ausgesetzt. Abänderungen erfolgte es in den Jahren 1860, 1881 und 1919.

25 Jahre dem Verein die Treue bewahrten. Herr Tischlermeister Gustav Heinrich, jetzt Privatist in Dresden-Bismarck, zählte 50 Mitgliedsjahre am 13. März 1923.

Zu Ehrenmitgliedern ernannte der Verein folgende Herren, die sich besonders Verdienste um die Förderung des Gewerbeverbandes erworben oder hervorragend im Vereinsleben wirkten:

1. Rentamtmann Karl Breusler in Großenhain,
2. Studiosus Gräbe in Jena, später Handelskulturredner in Chemnitz,
3. Oberlehrer Frische in Potschappel,
4. Dr. Reichs, Direktorialmitglied der Sächf. Eisenbahngesellschaft, Dresden,
5. Sargel in Dresden, früher Ginnehmer an der Riessa-Gemüthener Eisenbahn in Riessa,
6. Baumeister Moritz Förster in Riessa,
7. Mechanikus Hermann Liebscher in Riessa,
8. Schneidermeister und Restaurateur (Sp. Agent) E. W. Wehrh.
9. Schneidermeister und Wollwarenhändler G. M. Scheller.
10. Stellmachermeister Ernst Müller,
11. Fabrikant Heinrich Barth,
12. Schuldirektor Franz Diegel,
13. Pagarrenfabrikant Ernst Thalheim und
14. Restaurateur (später Privatist) Julius Raumann in Riessa.

Von den Benannten ist keiner mehr am Leben. Dankbar blickt der Verein zurück auf ihre hervorragende Mitarbeit. Wenn gedankt er aber auch deren jenen Herren, die im Vorstandsamt tüchtige Dienste leisteten. Erster Vorsitz war von 1848—1862 Pharmazent Gräbe. Ihm folgten Zuchtwärter Adler, Zimmermeister Förster, Schneidermeister Tsch., Ginnehmer Sargel, Mechanikus Liebscher (wiederholt), Zimmermeister Reinhardt, Tischlermeister Jacob, Privatgelehrter Lange, Stadtkalender Feinmel, Tischlermeister Schlegel, Schmiedemeister Thiemer, Schneidermeister Schuster (wiederholt), Schuldirektor Diegel, Fabrikant Heinrich Barth, Pagarrenfabrikant Thalheim. Seit 1907 steht Herr Seilermeister Bergmann an der Spitze des Vereins.

An Vereinsbeiträgen zahlte jedes Mitglied 7/8 Mgr. Eintrittsgeld und wöchentlich 1/8 Mgr. Vereinssteuer. Diese Sätze wurden bis 1881 beibehalten; von da an betrug die wöchentliche Vereinssteuer 30 Pf. Entsprechend der Wertentwicklung mußten auch die Vereinsbeiträge den Zeitverhältnissen angepaßt werden.

Im April 1894 wählte das Ehrenmitglied Herr Mechanikus Liebscher dem Gewerbeverein eine Aktie der Riessaer Straßenbahn in Höhe von 200 Mark zwecks Errichtung einer Stiftung unter dem Namen „Lieberzeit-Stiftung“. Die Aktien sollten alljährlich zur Hälfte der Bezahlung von Wanderpremiolen an Fortbildungsschüler dienen und zur anderen Hälfte der Stammsumme zugeschlagen werden, bis sie auf 2000 Mark angewachsen sei. Nur wenige Jahre brachten einen Jungerwuchs, da das Straßenbahn-Unternehmen beträchtliche Ueberflüsse nicht erzielt. Bei Uebernahme der Straßenbahn durch die Stadt wurde die Aktie eingelöst.

Der Gewerbeverein Riessa ist dem Landesverband „Sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine“ angegliedert. Dieser Verband wurde 1857 in Riessa gegründet. Schon 10 Jahre später besaßte sich eine in Chemnitz tagende Versammlung von 32 Vertretern sächsischer Gewerbevereine mit der Zentralisierung und beauftragte den Chemnitzer Handwerkerverein mit dem Entwurf der Statuten. Der Sturm und Drang der Jahre 1848/49 und die ihnen folgende Reaktionsperiode waren aber dem Vereinigungsbefehle der Chemnitzer Handwerkervereine die Gewerbevereine Sachsens wieder zu einem Kongress in Riessa zusammen, an dem Abgeordnete aus 35 Gewerbevereinen teilnahmen. Tagungslokal war der Gasthof zum Kronprinz. Die Stadt selbst hatte zu Ehren der Gäste reichen Festschmuck angelegt. In der Sitzung am 7. September wurde die Gründung des sächsischen Verbandes beschlossen. Der Gewerbeverein hatte am 23. August 1874 und am 10./11. September 1921 wieder die Freude, die Jahresversammlungen des Landesverbandes in Riessa begrüßen zu dürfen. In den Versammlungen in anderen Städten wurden regelmäßig auch Mitglieder des Riessaer Vereins abgeordnet.

gebürte er von 1907 bis 1918 an. Im Jahre 1922 trat er auch der Ortsgruppe Riessa der „Sächsischen Landesverbände“ bei. Ferner seien die Mitglieder freien Eintritt in die Raststätten in Riessa, die Mitglieder für welchen Zweck der Verband sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine alljährlich mehrere Eintrittskarten zur Verfügung stellt.

Mit wenigen Ausnahmen hielt der Gewerbeverein seine Versammlungen immer an einem Donnerstag, die Generalversammlungen aber am Tage vor dem Sitzungsstabe, am 12. Juli, ab. Während früher die Mitglieder fast in jeder Woche zusammenkamen, vereinigen sie sich jetzt nur noch Bedarf. In den ersten vier Monaten des Bestehens fanden nicht weniger denn 13 Versammlungen mit 17 Vorträgen statt. Der Jahresbericht von 1851 verzeichnet 88, das Kriegsjahr 1870/71 dagegen nur 10 Vorträge. Nach weiter sank die Pflanz während des Weltkrieges 1914—18, wo außer einigen Vorträgen jährlich 3 bis 4 Versammlungen stattfanden. Während der 75 Jahre sind ungesähr 1300 Versammlungen und ebensolche Ausfühkungen abgehalten worden. Nichtsdesto weniger ist hierbei die Generalversammlung der Vereinslokalitäten waren vom 13. Juli 1848 bis 26. September 1850 die Wernersche Schankwirtschaft (jetzt Restaurierung zur Burg) und von da an die Schuhertische Schankwirtschaft (jetzt Hotel Kronprinz). Am 1. Juli 1861 übernahm den Gasthof Kronprinz Herr Gastwirt Schäfel, der ihn von der Stadtgemeinde Riessa kaufte. Der Gewerbeverein liebelte am 24. April 1862 wieder in sein ursprüngliches, damals Kühleles, später Glaukisches und noch später Raumannsches Lokal über. Am 13. Januar 1876 verleierte man das Vereinslokal nach dem Ratsteller, wo es 43 Jahre lang bis zum Aufheben der Rastkellerwirtschaft, die am 1. April 1919 zu Rastkellerwirtschaft umgebaut wurde, verblieb. Seit dieser Zeit befindet es sich im „Wettiner Hof“. Die Ausfühkungen wurden abwechselnd in verschiedenen Gasthäusern abgehalten.

Zur Belebung der Versammlungen wurden vielfach Reisen von gewerblichen und industriellen Organisationsausstellungen angestellt und erlöst. Hierin ist das letzte Viertel des vorigen Jahrhunderts besonders reich gewesen. In einer Sitzung am 15. November 1883 leate beispielsweise Herr Mechanikus Liebscher nicht weniger als 35 Gegenstände vor. Auch die Herren Gasanstaltsdirektor Storf, Klempnermeister Ernst Weber, Kaufmann Albert und Optiker Rathjen wirkten nach dieser Seite hin anregend. Ferner wurden in den Versammlungen Vorträge aus Zeitdriften, wissenschaftlichen Werken usw. vorgelesen. Die gehaltenen Vorträge freiteten wohl fast alle Gebiete des Wissenswerten. In den letzten zwei Jahrzehnten wandte man sich hauptsächlich den Lichtbildervorträgen zu. Ungefähr 1400 Vorträge sind während der 75 Jahre gehalten worden.

Der Gewerbeverein betätigte sich auch als Förderer gemeinnütziger Einrichtungen. So widmete er sich in der Fürsorge um die theoretische Ausbildung der Handwerkerlehrlinge bald nach der Gründung dem gewerblichen Schulwesen und konnte am 7. Januar 1849 die Sonntagsschule in Riessa eröffnen. Mehr als 60 junge Leute aus allen Gewerben, Gesellen und Lehrlinge, hatten sich im Schullokale (Schulkunde der Riessaer Elementarschule) zur Eröffnungsfest eingeladen, die mit einem Chorangelänge, zu dem der passende Text vom Mitglied Lehrer Frische gedichtet war, eingeleitet wurde. Der Unterricht war unentgeltlich; jeder Schüler zahlte nur 15 Mgr. Eintrittsgeld. Eine vom Verein eingelechte Schuldeputation beaufsichtigte den Schulbesuch und unterstützte die Lehrer in Aufrechterhaltung der Schulordnung. Die Schülerzahl veränderte sich zuweilen, stieg aber manchmal bis weit über 100. Bis zum 25. jährigen Bestehen der Schule, der Schulprüfung am 22. März 1874, sind 957 Schüler aufgenommen worden. Während dieses Zeitraumes verursachte die Schule einen Kostenaufwand von 1900 Talern, abgesehen in den ersten Jahren zahlreiche Geschenke von Unterrichtsmitteln eingingen und teilweise unentgeltlicher Unterricht erteilt wurde. Die Unterhaltskosten bestritt der Gewerbeverein unter finanzieller und städtischer Beihilfe. Fleißigen und strebsamen Schülern wurden Brämien verabreicht. Oftern 1876 wurde die legendäre wirkende Sonntagsschule aufgegeben, da ihr Besuch vom Besuche der Eltern 1875 eingeführten obligatorischen Fortbildungsschule nicht befreite. Die Sonntagsschuldeputation löste sich auf und überwie dem Gewerbeverein das vorhandene Schulinventar nebst einem Teilbetrag von 24 Mark in der Schlußrechnung.

Zu dem Zweck der Unterhaltung des Vereins auf Moritzstr.

des Herrn Schultheißer Bismann ...

Bereits im Jahre 1848 rief der Gewerbeverein eine Vereinsbibliothek ins Leben...

Die heute noch bestehenden Beschränkungen hat der Gewerbeverein ebenfalls im ersten Jahre seines Bestehens eingerichtet...

Der Initiativ des Gewerbevereins ist weiter zurückzuführen die Gründung eines Kreditvereins...

Der Gewerbeverein trat für das Gemeinwohl abgesetzt mit voller Kraft ein...

Wohl ist der Gewerbeverein eine Vereinigung, die in erster Linie zum Wohle des Gewerbestandes ihre Aufgabe erblickt...

Nach der Revolution im November 1918 trug auch der Gewerbeverein den veränderten Verhältnissen Rechnung...

Aus alledem ist zu ersehen, daß der Gewerbeverein Nieß immer Anerkennung gefunden...

Zur Jubiläumsfeier: Veranstaltung des Gewerbevereins Nieß gestern im Hotel ...

Freude, Gemüthsruhe und Frieden ...

Vertikales und Sächliches.

Nieß, den 18. Juli 1923.

Brotpreiserhöhung. Der Kommunalverband gibt im amtlichen Teil vorl. Nr. bekannt...

Die Sommerferien begannen mit dem heutigen Freitag nach Unterrichtsschluss...

Das moderne Theater. Direktion Arthur Vorke-Dresden bringt in seiner nächsten Vorstellung Dienstag, den 17. Juli ein Werk...

Wichtig für Händler. Das Wirtschaftsministerium macht darauf aufmerksam...

Wirtschaftsministerium beschäftigt ...

Der Wirtschaftskrieg und unsere Gegenwart. In der gegenwärtigen Zeit...

Kurze Anfrage an die Regierung. Die Abg. Dr. Kaiser und Voigt (Dsp.) richteten folgende kurze Anfrage an die Regierung...

Bedungen der Reichswehrtruppen. In einigen Blättern war vor kurzem geklagt worden...

Das Eigentumsrecht an eingezogenen Waffen. In der Presse ist in letzter Zeit mehrfach die Frage aufgeworfen worden...

Ein ehemaliger Minister als Hochschulpflichtiger. Der frühere sächsische Kultusminister Dr. Seyfert war zum ordentlichen Honorarprofessor an der Technischen Hochschule in Dresden ernannt worden...

Kriegsbeschädigte auf der Eisenbahn. Die Vergünstigungen für Kriegsbeschädigte bei Eisenbahnfahrten sind neu festgesetzt worden...

Dahlen. Die Hefelbeersüßer kommen jetzt wieder scharenweise aus der näheren und weiteren Umgebung...

Tharandt. Festnahme einer Räuber- und Diebesbande. In einem zur Hür Gainsberg gelegenen Waldhain wurde eine regelrechte Räuber- und Diebesbande überführt und festgenommen...

Bittau. Bekanntlich ist als Nachfolger des Oberbürgermeisters Dr. Adig Bürgermeister Jüngerberger gewählt worden...

Burgstädt. Zwei als Händler kommende Schulmädchen im Alter von 13 Jahren wurden am Montag in Burgstädt festgenommen...

Schwargenberg. Zwei aus dem Ruhrgebiet untergebrachte Schulknaben im Alter von 8 und 13 Jahren gонdelten, trotz mehrfachen Verbotes auf einem Boot auf einem kleinen See...

Wauen. In der Nacht zum Mittwoch spielte sich in Wauen ein aufregender Vorgang ab. Gegen 3 Uhr nachts merkte ein Tagelöhner, daß fremde Personen in sein Anwesen eingedrungen waren...

Steigerung des gesamten Lebensbedarfs, unter der die einheimische Bevölkerung auf bitterste leidet

Anhebung der Grenzsperr.

In der Nacht zum 16. Juli um 12 Uhr wird die Grenzsperr im Ruhrgebiet wieder aufgehoben.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. Juli 1923.

Beschlüsse des Reichsrats.

Berlin. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurde eine Verordnung zur Verhinderung fremder Einwirkungen auf die deutsche Gerichtsbarkeit angenommen.

Ankündigung der Bauarbeiterfrage vor dem Reichstag.

Berlin. Da bei den gestrigen Verhandlungen über die Beilegung der Bauarbeiterfrage im Reichsarbeitsministerium ein Einigungsversuch scheiterte...

Notgemeinschaft selbständiger deutscher Zeitungsverleger.

Berlin. Unter dem Namen Notgemeinschaft selbständiger deutscher Zeitungsverleger hat sich eine Anzahl Verleger von Zeitungen der verschiedensten Parteirichtungen...

Zur Baldwin-Erklärung.

Berlin. Der „Tag“ schreibt zur Baldwin-Erklärung: Der englische Dandel vertritt auf die Dauer die französische Methode nicht...

Wien. Die meisten Blätter besprechen die englische Ministererklärung über den Balkan...

Immer weitere Einschränkung durch französische Schließungen.

Essen. Durch die Errichtung weiterer Schließungen für die französischen Truppen wird die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung des Ruhrgebietes immer weiter eingeschränkt...

Zahlungsstillstand im Ruhrgebiet.

Düsseldorf. Infolge der immer mehr zunehmenden Beschlagnahmung des Geldes macht sich im Ruhrgebiet eine große Zahlungsstillstand geltend...

die Verdreher verfolgte, feuerten diese mehrere Schüsse ab, wodurch die Wunde erheblich schlimmer wurde.

Nischer Ferienwanderungen.

Au den Sommerferien finden 16 Wanderungen statt und zwar im Juli folgende: Nr. 1 16. 7. Mühlberg-Dablen, Kinder über 12 Jahre, 2000 M.

Löhne auf wertbeständiger Grundlage.

Die ersten Versuche. Das „V.L.“ meldet: Von den freien Gewerkschaften wird augenblicklich mit allen Mitteln versucht, bei den zur Zeit schwebenden Lohnverhandlungen in allen möglichen Industrien und Branchen die Grundlage für eine später endgültig geregelte Wertbeständigkeit der Löhne zu schaffen...

Gewaltige Preiserhöhung in München.

Die Fremdenüberflutung in Bayern zum Ausverkauf ist namentlich aus Österreich und Ungarn ungeheuer. In Budapest sind sämtliche Biere nach München schon auf 14 Tage bis zum 22. Juli delegiert.

Flammen.

Roman von Hans Schütz. 37. Fortsetzung. Della sah währenddessen wie in halber Bewußtlosigkeit und sah und traut mechanisch, was ihr vorgelesen wurde.

einer Entdeckung durch sein scharfes Ohr den gewohnten Ausgang des Seitenportales gewinnen. Schnell eingeschlossen nahm sie einen Schrei an der Hand des leeren Ganges zum Treppenhause.

Befehle der Oberpostdirektion Eber.

München. Am Donnerstag morgen gegen 5 Uhr besetzten die Franzosen die Oberpostdirektion Eber. Jeder Post-, Telefon- und Telegraphenverkehr wurde sofort gesperrt.

Erheblicher Grenzübertritt der Ukraine.

Charkow. Nach dem Bericht Nakomstis beträgt der Grenzübertritt der Ukraine 5830 000 Tonnen. Der ursprüngliche Ausfuhrplan ist erweitert worden.

Verhaftung wegen der rumänischen Abnighaufamilie?

Bukarest. Die Polizei hat hier zahlreiche Kommunisten verhaftet, von denen nachgelagt wird, daß sie eine Verschwörung zur Ermordung der königlichen Familie geplant haben.

Zur Verhaftung des deutschen Geschäftsträgers.

Prag. Wie die „Agence Belge“ meldet, hat die auf Grund des vom deutschen Geschäftsträger Gelandtschitzki bei der Verhaftung der tschechischen Familie eingeleitete Untersuchung ergeben, daß die Person, die am Montag den Geschäftsträger verhaftet hat, sehr wohl seine Eigenschaft als Mitglied des diplomatischen Korps kannte.

Zentralstelle für Verkauf von russischem Getreide.

Moskau. In nächster Zeit wird eine Reihe von Häfen im Ausland für den Verkauf von russischem Getreide eröffnet. Die Zentralstelle für Deutschland wird sich in Hamburg befinden.

Bermischtes.

Autokatastrophen. In der Nähe von Lothringen (Ostpreußen) ereignete sich ein schweres Automobilunglück, bei dem eine Person getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Gattenmordverdacht. In Gunglshausen bei Erfurt wurde nachts der 33jährige Ehefrau des Landwirts Robert Buechner auf bestialische Art ermordet.

Explosionskatastrophe in Amerika. In einer Munitionfabrik in Alton (Illinois) ist es zu einer furchtbaren Explosion gekommen, deren Ursachen unbekannt sind.

Kunst und Wissenschaft.

Neue Festschiff der Schlüssel für Bücher. Die Schlüssel der Buchhandels ist vom Buchhändlerverbandsverein mit Wirkung vom 11. Juli ab auf 15 000 festgesetzt worden.

Baldwin und Frankreich.

Wie zum letzten Augenblick vor der im letzten August fertiggestellten britischen Regierungserklärung wurde in Deutschland, in Frankreich und auch in England selbst von vielen geglaubt, der Ministerpräsident Baldwin werde einen „Alternativplan“ vorlegen: also den Urtext eines deutsch-englischen Sonderabkommens zeichnen, das im Falle französischer Unflugsamkeit zumindest als Drohung deutliche Gestalt gewänne. Kommt dergleichen jemals als Möglichkeit betrachtet werden, so hätte man sich doch sagen müssen, daß es weder wahrscheinlich, noch auch gerade vom deutschen Standpunkt, wünschenswert sei. Welchen Wert dieser Art hätte denn England mit Deutschland schließen können, und was hätte er dem Reich genützt? Ueber die an Frankreich zu zahlenden Summen kann England kein Abkommen treffen, ebensowenig über die Räumung des Ruhrgebietes. Der Gegenstand des deutsch-englischen Abkommens hätte somit nur England Anteil an den Reparationen sein können, d. h.: im denkbar günstigsten Falle hätte sich England die Schuld erlassen, also das getan, was Frankreich als Preis einer allgemeinen Regelung ohnehin von ihm fordert. Aber gerade darum wäre es sehr unwahrscheinlich gewesen, daß England Entschagung gelte hätte, ohne durch eine Verständigung mit Frankreich dafür belohnt zu werden. Wir hätten also nichts erreicht als die Festsetzung einer Schuld bei England, während Frankreich die Beitreibung seines Anteils um so nachdrücklicher, weil der Rückblick selbstig, verurteilt würde.

In Wirklichkeit aber war, seitdem man an der Baldwin-Erklärung arbeitete, von der einen Seite der „Alternativplan“, dem „Druck mit Frankreich und dem Sonderabkommen“, überhaupt nicht die Rede. Die technisch glänzend, als Antwort auf zwei Interpellationen, vorgebracht und vor der Versetzung der Regierung bereits mitgeteilte Erklärung bleibt in den Grenzen diplomatisch-unaufsehbarer Voraussetzungen. Deutschland hat am 7. Juni ein Angebot an alle Verbändmächte gemacht, so auch an England; die deutsche Note ist noch unbeantwortet; England will sie beantworten; aber es will das nur im Einvernehmen mit seinen Verbänden tun, und es läßt alle „Altitertien“ ein, seinen Antwortentwurf zu begutachten.

Natürlich bleiben die sachlichen Gegensätze dauernd bestehen. Ihr wichtigster ergibt sich daraus, daß Frankreich die Räumung des Ruhrgebietes von der vollständigen Bezahlung einer Summe abhängig macht, die selbst nach französischem Eingeständnis Deutschland nicht aufbringen kann, und deren fehlenden Rest aus eigener Tasche zu vergüten, den Schuldigen Frankreichs zuzurechnen werde. Richter wäre Verständigung auf dem Gebiet der „Sicherheit“ Frankreichs möglich; denn im letzten seiner „acht Punkte“ erklärte sich Poincaré bereit, einen zwischen England und Frankreich zu schließenden militärischen „Garantieakt“ als genügende Sicherung zu betrachten. Da auch Frankreich es schwierig zum „Reue“ will kommen lassen, ist die Auseinandersetzung jetzt einfach auf ein anderes Feld verlegt: statt des ersten Entwurfs zum Reparationsfrieden, dem deutschen Angebote vom 7. Juni steht jetzt der englische Entwurf einer Antwort auf dies Angebot zur Erörterung. Jetzt hat wieder der Verband als Gesamtheit das Wort.

Rimbun militärisch besetzt.

Wetern morgen 6 Uhr. ist Rimbun, das seit dem 15. Mai für besetzt zur erklärt worden ist, militärisch besetzt worden. Die Behörden sollen ihre bisherige Tätigkeit weiter ausüben, stehen aber unter französischer Gewalt. Der Post- und Telegraphenverkehr wird von den Franzosen überwacht. Der Fernsprecheverkehr ruht zur Zeit. Der stellvertretende Direktor des nummehr für die französischen Soldaten als Kasernen dienenden Gymnasiums ist verhaftet worden.

Wiederum ein Deutscher niedergeschossen.

Am Bahnhof Raternberg wurde gestern Abend ein deutscher Bürger, der sich unvorsichtigerweise den Bahnanlagen genähert hatte, von den Franzosen niedergeschossen. Neue Opfer französischer Schandjustiz.

Seitern hat das Kriegsgericht in Werden einen Bürgermeister, einen stellvertretenden Bürgermeister und einen Beigeordneten aus dem besetzten Gebiet zu 3 bzw. 5 Jahren Gefängnis und 10 bzw. 50 Millionen M. Geldstrafe verurteilt, weil sie sich geweigert hatten, französische Wehrle auszuführen.

Wilde Schiefererei in Duisburg.

Von den Wachtposten wird seit Mittwoch wiederholt in die Häuser geschossen. Die Zahl der Verletzten ist so groß, daß sie sich gar nicht mehr feststellen läßt. In Hamborn, wo keine Wehrverhinderung besteht, ist eine Verletzung von Duisburger Stadtgebiet aus behoben und schwer verletzt worden. Die letzten Vorkämpfer sind im allgemeinen nicht mehr erfolgt.

Die Sorge für die vertriebenen Volkbeamten.

Der Reichspostminister Stinagel hatte gestern die Präzidenten der Oberpostdirektionen nach Berlin berufen, um ihnen die Pflicht der Fürsorge für die von Rhein und Ruhr vertriebenen Volkbeamten und ihrer Familien warm und eindringlich ans Herz zu legen. Nach herzlicher Begrüßung der aus dem besetzten Gebiet Erscheinenden erklärte der Minister, der Dank, den das Vaterland und die Postverwaltung ihnen zu schulden habe, müsse sich darin ausdrücken, daß den für ihr treues Festhalten am Deutschtum Vertriebenen warme Aufnahme im unbesetzten Vaterlande zuteil werde. Die Vorschläge, die den Versammelten im einzelnen gemacht werden, sollen nicht bloße Anregungen, sondern Vorschriften sein, deren Befolgung der Minister selbst und durch Beauftragte nachprüfen werde. Bei keinem der Bedrängten darf das Gefühl aufkommen, daß die eigene Behörde nicht alles tut, um sein weiteres Los zu erleichtern. Persönliche Fragen allgemeiner Art, die für die Postverwaltung von besonderer Bedeutung sind, bildeten den weiteren Gegenstand der Beratung.

Reichsbahn und Bayern.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Schrift des bayerischen Landtagsabgeordneten Rothmeyer „Die Bilanz der Verreichlichung der bayerischen Verkehrsvertriebe“ und die Denkschrift des Wirtschaftsbeirats der Bayerischen Volkspartei, Gruppe Verkehr, die kommenden Dinge in der Reichseisenbahnverwaltung, die mit der Fortsetzung der im Lande Bayern gelegenen Eisenbahnen aus der Reichsbahn und ihrer Rückgabe an Bayern die Wiederherstellung des Zustandes verlangen, der vor der Verreichlichung der ehemaligen Länderbahn bestand, sind selbstverständlich Gegenstand eingehender Prüfung im Reichsverkehrsministerium im Benehmen mit den beteiligten Ressorts. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Zahlen und Angaben der Rothmeyer'schen Denkschrift durchaus tendenziös aufgemacht sind, daß die angegebenen Ziffern nur teilweise richtig sind, und daß außerdem die

Die englische Regierungserklärung.

Der nähere Inhalt der englischen Regierungserklärung.

London, 13. Juli. Als der Ministerpräsident Baldwin gestern im Unterhause sich zu seiner mit Spannung erwarteten Erklärung vom Plage erhoben hatte, herrschte im Sitzungssaal eine fast unerträgliche Temperatur und man konnte beobachten, wie die Mitglieder des Hauses unter der Hitze litten. Trotzdem waren alle Sitze besetzt, ebenso alle Galerien, auf denen besonders die Damenwelt vertreten war. In den Diplomatenlogen waren die Vertreter fast sämtlicher auswärtiger Staaten erschienen. Gerade gegenüber dem Ministerpräsidenten konnte man in der Diplomatenloge den bekannten deutschen Diplomaten, Graf Bernstorff beobachten, auf den die Erklärung Baldwins höchlich einen guten Eindruck machte. Er hatte auch allen Grund dazu, denn in dieser Erklärung gab die englische Regierung zum ersten Male ihrem Wunsche bestimmtem Ausdruck, Deutschland in die Reihe der souveränen europäischen Staaten wieder aufzunehmen. Der Kanzler erklärte nach den üblichen einleitenden Komplimenten an die französische Adresse und den gerühmtesten diplomatischen Phrasen, die Uneinigkeit zwischen England und Frankreich besetze sich nicht auf das Ziel, sondern auf die anzuwendenden Methoden. Beide Nationen wünschten Reparationen zu erlangen, Europa wieder herzustellen und Sicherheiten für den Frieden zu erhalten. Aber England weiche hart von Frankreich in der Methode ab, weil diese Methoden nicht nur wirkungslos, sondern auch destruktiv für die Erreichung des zu erstrebenden Zieles seien.

Baldwin ging sodann zur Besprechung der deutschen Juni-Note über, in der Deutschland die Einlegung einer internationalen Kommission zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit forderte. Die englische Regierung glaube nicht, daß man an dieser Forderung vorübergehen könne. Lauter Beifall auf allen Banken dankte dem Präsidenten.

Er erklärte weiter, während Frankreich und Belgien seine Forderung befänden, die deutsche Note zu beantworten, werde England in dieser Angelegenheit die Initiative ergreifen und zu einer Antwort schreiten, vor Ablehnung der Note jedoch eine Abschrift seines Verbändeten zustellen, damit diese sich dazu äußern könnten.

Ein interessanter Zwischenfall ereignete sich dann nach der Erklärung, als Ramsay MacDonald, von dem die formelle Anfrage stammt, auf die die Regierungserklärung als Erwiderung güt, aufstand und drei Fragen an den Ministerpräsidenten richtete: 1. Ob die Note an Deutschland sofort fertiggestellt werde? 2. Ob auch den Vereinigten Staaten, wenn auch nur zu Informationszwecken, eine Abschrift zugesandt werde? 3. Ob dem Hause eine Gelegenheit gegeben werde, darüber zu debattieren?

Baldwin erhob sich sofort und beantwortete ohne Zögern die erste und dritte Frage mit „Ja“. Auf die zweite Frage murmelte er eine unverstehliche Antwort und nahm dann seinen Platz wieder ein. Ramsay MacDonald wiederholte daraufhin seine zweite Frage, auf die Baldwin sodann laut antwortete: „Ich weiß es nicht.“

Wie man aus unterrichteten Kreisen erfährt, wird die englische Antwort an Deutschland am kommenden Dienstag fertiggestellt sein und unverzüglich in Abschrift den Alliierten zugestellt werden. Wie lange diese sie studieren werden, heißt natürlich nicht fest. Man hofft aber, daß die englische Antwort Ende des Monats Deutschland zugestellt werden kann.

Baldwin's Erklärung ist bedeutungsvoll deswegen, was er unausgesprochen ließ, als deswegen, was er tatsächlich sagte. Aus der Erklärung geht klar hervor, daß England, wenn Frankreich und Belgien sich seinen Anschuldigungen nicht anpassen werden, allein handeln und den deutschen Plan einer internationalen Kommission annehmen wird. Das englische Parlament war noch nie, selbst in Kriegszeiten, nicht so einmütig wie heute. Dem Ministerpräsidenten wurde lauter, lebhafter Beifall sowohl aus den Reihen der Arbeiterpartei, wie auch von den extremen Parteien zuteil. Baldwin sprach laut und klar, so daß jedes Wort im ganzen Hause zu verstehen war.

schon unrichtige Schlüsse aus richtigen Zahlen gezogen worden sind. Der Versuch, mit solchen Mitteln die Verreichlichung der bayerischen Staatsbahnen als Schädigung der bayerischen Wirtschaft zu begründen, erscheint uns weniger berechtigt, als die Verbindung der ehemals bayerischen Staatsbahnen mit besser als die rentierenden Eisenbahnen der anderen deutschen Länder, vor allem mit dem großen preussisch-belgisches Netz, für Bayern keinesfalls einen Rückschritt auf verkehrs- und tarispolitischem, sowie finanziellem Gebiet bedeuten kann.

Dank der katholischen Arbeitervereine an den Papst.

Die Vertreter der katholischen Arbeitervereine Deutschlands überreichten gestern dem päpstlichen Delegaten Mgr. Tessa ein Schreiben an den Papst, in dem diesem für seine Bemühungen zur Völkervereinigung gedankt und der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Kurie als internationale Instanz auch weiter jeden Versuch zur endgültigen Befreiung Europas unterstützen möge. Die Vertreter schickten in der Audienz die feierliche und kulturelle Not der katholischen Arbeiter. Mgr. Tessa zeigte für ihre Darlegungen lebhaftes Interesse.

Keine Gefahr an der tschechoslowakischen Grenze.

Gegenüber Meldungen über Truppenbewegungen an der tschechoslowakischen Grenze erzählt das tschechoslowakische Pressebüro: Die tschechoslowakische Militärverwaltung stellt es als überflüssig an, zu betonen, daß alle diese Meldungen keinerlei realen Grundlage entsprechen und nur auf Grund der jährlichen periodischen Frühjahrsübungen der zu räumigen Grenzgarisonen künstlich kombiniert werden. Es versteht sich von selbst, daß ein Ueberfahren der Grenze allen Angehörigen der tschechoslowakischen Armee verboten ist, und daß die Schuldigen auch bei einer bloßen Unachtsamkeit zur Verantwortung gezogen werden.

Dr. Benesch für eine Unterhügungsbaktion für Deutschland.

Prag, 13. Juli. In einer Pariser Depesche ist von einem Plane die Rede, den Dr. Benesch in London vorgelegt haben soll. Es handelt sich, wie verriet, in Wirklichkeit um ein Entschieden zu dem von Lord Robert Cecil abgegebenen Vorschlag einer Sanierungsbaktion zugunsten Deutschlands nach dem Muster der mit schicklichen Erfolge für Deutschland eingeleiteten Völkervereinigungsbaktion. Es würde sich darum handeln, in Verbindung mit einem Memorandum, das vielleicht fälschlich sein würde als das ein Defensiv hemilitate eine

In der heutigen Sitzung des Unterhauses, in der Baldwin seine mit Spannung erwartete Erklärung zur Reparationsfrage wiedergegeben hat, ist bereits ein Londoner Bericht wiedergegeben worden. Nachstehend folgt eine diesbezügliche Darabwreibung, die den Inhalt der Baldwin-Erklärung in ausführlicherer Fassung als unsere Londoner Meldung wiedergibt:

Paris, 12. Juli. Laut einer Canad-Depesche aus London hat Baldwin im Unterhause im wesentlichen nachstehende Erklärung abgegeben: Wir sind ebenso wie unsere Verbändeten entschlossen, die Schäden des großen Krieges bis zu irgend einem Grade wiederanzumachen. Wir gehen sogar weiter und sind bereit, uns aller Mittel zu bedienen, um Deutschland zum Zahlen zu bewegen. Sicher sind wir uns als Handel treibende Nation darüber im Klaren, daß, wenn wir von Deutschland verlangen, Zahlungen über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu leisten, wir keinen Erfolg haben werden. Nach unserer Meinung werde auch die Inhabition nicht dazu führen, den Verbändeten eine erhöhte Leistung an Reparationen zu vermitteln. Im Juni haben wir ein Angebot gemacht, das bestimmt war, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu vermeiden. Dieses Angebot war von unseren Verbändeten zurückgewiesen worden und seitdem haben wir uns abgesetzt gefast, vom Geiste der Revolütät für das Bündnis besetzt, das nach unserer Meinung die Hauptstütze des europäischen Friedens war und auch weiterhin sein wird. Man kann das nicht klar genug betonen sowohl im Interesse der verbändeten Mächte wie auch im Interesse derjenigen, die aus der Meinungsverschiedenheit zwischen den Verbändeten Vorteile schlagen wollen. Man der einzige Grund zur möglichen Meinungsverschiedenheit sich auf die Wahl der wirklameren Mittel beziehen, so gilt es doch für uns, die gleichen vitalen Ziele zu erreichen. Ueber diese Ziele sind wir uns alle im Klaren. Sie bestehen in der Bezahlung der Reparationen, in der Europa wiedergeborenen Sicherheit. Um sie zu erreichen, haben die Verbändeten nichts vernachlässigt und werden auch weiterhin nichts vernachlässigen. Die Verantwortlichkeit hierfür wird in gleicher Weise von Frankreich, Belgien, Italien und England anerkannt und wird auch von diesen Mächten geteilt. Vielleicht kann man zugeben, daß diese Verantwortlichkeit im besonderen auf die französische und belgische Nation verfällt, infolge der großen Opfer, die sie Seite an Seite gebracht und auch wegen der Freundschaft, die sie heute verbindet und nicht weniger infolge des Einflusses, den diese beiden alten zivilisierten Nationen verbreitet haben. Baldwin erklärte weiter: Neben der Lösung des Reparationsproblems steht noch die Regelung der interalliierten Schulden und die Sicherung des zur Ruhe zurückgekehrten Europas. Die Befolgung von Gebieten eines andern mitten im Frieden durch ein andern Land ist ein seltenes und bedauerliches Geschehnis, aus dem schneidens ein ernsthafter Ausweg gefunden werden müßte.

Die Aufnahme der Baldwin-Erklärung in Paris.

Paris, 13. Juli. Gegenüber der gestrigen Erklärung Baldwins im Unterhause, die zu später Stunde nach Paris gemeldet wurde, wird in den hiesigen politischen Kreisen strengste Zurückhaltung an den Tag gelegt. Man empfindet dankbar die freundlichen Versicherungen, die der englische Premier in seiner Rede an die Adresse Frankreichs richtete, und erwartet nunmehr einen englischen Entwurf zur Antwort an Deutschland. Die von Baldwin ausgesprochene Erwartung, daß eine Einigung herbeigeführt werden könnte, wird hier skeptisch beurteilt. Es gilt hier aber als gewiß, daß Baldwin seinen gestrigen kurzen Erklärungen ausführlichere Darlegungen seiner Absichten folgen lassen werde, sobald vom Quai d'Orsay die Antwort auf das englische Antwortprojekt an Deutschland in London vorliegen wird. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Gedanke einer internationalen Sachverständigenkommission in der zweiten englischen Erklärung einen hervorragenden Platz einnehmen wird. Hier wird angenommen, daß der englische Entwurf, von dem in der gestrigen Regierungserklärung die Rede war, noch Ende dieser Woche dem Quai d'Orsay zugehen wird.

große Auslandsanleihe aufzuliegen. Es wäre eine internationale Kommission zu gründen, in der neben den Gläubigerstaaten auch die neutralen Staaten vertreten sein würden, soweit sie sich an der Auslandsanleihe beteiligt haben. Die Kommission hätte die mit Deutschland zu treffenden finanziellen Vereinbarungen einzuleiten. Man hat hier den Eindruck, daß die Verhandlungen in dieser Richtung weitergehen.

Außenminister Dr. Benesch wird auf dem Rückwege von London in Brüssel mit Theunis und Jadpaar Unterredungen haben und dann noch einmal nach Paris fahren, um mit Poincaré die englischen Informationen zu besprechen.

„Markt und Franken.“

In einem „Markt und Franken“ überschriebenen Artikel des Hamburger Korrespondenten, der von einem angelegenen Mitgliede der führenden Wirtschaftskreise Hamburgs stammt, heißt es: Frankreich wisse genau, daß die Mark trotz ihrer Schwäche dem Franken überlegen ist, wenn Deutschland sich in seinem jähen Abwehrkampf nicht serenieren läßt. Das Vorgehen Frankreichs sei von innerer Angst und von dem Bewußtsein diktiert, daß der französische Bankrott eher hereinbrechen könne, als der deutsche. Den Franzosen sei es klar, daß es sich um einen Ringkampf zwischen Mark und Franken handelt und sie gingen immer unvershällter dazu über, die Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der deutschen Währung zu durchkreuzen, ja, sie identen nicht einmal vor Walschmähgerien zurück. Wir schlagen, so schreibt das Blatt weiter, der Reichsregierung offen vorklagen, daß sie für den begangenen Willkürvertrauen und für die Walschmähgerien schuldig zu halten, indem sie in dem gleichen Umfange französische Banknoten herausgibt. Als Umrechnungsfurs hätte der Markfrank gegenüber dem Franken vor dem Abbruchbruch zu dienen.

Rrie in Lausanne.

Lausanne, 12. Juli. Die heutige offizielle Sitzung zwischen den Allierten und den Türken über die Räumung der Dardanellen durch die alliierten Kriegsschiffe wie über die Konzessionsfrage wurde von allierter Seite plöglich abgebrochen, ohne daß eine neue Zusammenkunft anberaumt wurde. Die Allierten erklärten, daß der türkische Widerstand in der Konzessionsfrage in Widerspruch siehe zu dem am Sonntag getroffenen Vereinbarungen und daß, falls die Türken ihre Haltung nicht ändern, auch alle anderen Entscheidungen und die gesamte grundsätzliche Einigung vom Sonntag hinfällig wären. Auch in türkischen Kreisen werden die Vorgänge in der heutigen Sitzung als ernst bezeichnet. Man erklärt aber, daß es sich nur um eine scharfe Krise in Konstantinopel, jedoch

Wann eine ohne Wirkung gebliebene Strafe der Konferenz überhaupt habe. Es sei unzutreffend, daß die Ämter in der heutigen Sitzung irgendwelche früher getroffenen Vereinbarungen in der Konzeptionsfrage wieder rückgängig gemacht haben.

Die Genfer Besprechungen zwischen Polen und Danzig beendet.

(Danzig.) Ueber die Besprechungen zwischen den Vertretern Danzigs und Polens in Genf ist beim Senat folgendes Telegramm eingetroffen: Die Verhandlungen sind beendet. Die Aufhebung der Ausweisung der 16 Danziger Staatsangehörigen ist seitens der polnischen Regierung erfolgt.

Ein Vorkämpfer des evangelischen Deutschland im Auslande gestorben.

Am 31. Mai ist in Petersburg im Alter von 76 Jahren der Oberhaupt der vereinigten evangelischen lutherischen Kirchen Russlands, Bischof Conrad Preußner, gestorben. Obwohl er selbst russischer Herkunft ist, hat seine ganze Lebensarbeit doch, neben der Wahrung der evangelischen kirchlichen Interessen, der Erhaltung deutscher Weisheit gegolten. Als junger Mann schon wurde er Rektor des in Petersburg bekannten Wiedemann'schen Privatgymnasiums. Sein Werk ist in erster Linie die Gründung und Förderung des Petersburger Bildungs- und Hilfsvereins, der vor dem Zerlegen auf allen Gebieten des Kulturlebens und der Wohlfahrtspflege so Vorbildliches geleistet hat, daß russische Vereine nach seinem Muster gegründet worden sind. Besonders hat er sich bei dieser Betätigung, aus in der Natur der Sache liegenden Gründen, stets stark zurückgehalten. In der Blütezeit des Bolschewismus und der kirchlichen Intoleranz ist er einer der markantesten Vorkämpfer für Glaubensfreiheit und nationale Duldung gewesen. Sein Verdienst ist nach der bolschewistischen Revolution die Reorganisation der evangelischen Kirche in Russland, die Deutsche, Esten, Letten und Finnen unter einem Dach vereinigte. Trotz glänzender Angebote nach Estland und Finnland hielt er bis zu seinem Lebensende auf dem gefährlichen Posten in Petersburg aus und ertrug mit seiner Familie selbst schwere Ernährungsfragen und Bewußtseinsqualen. Sein Name und sein Werk werden allen Evangelischen in Russland und besonders allen Rußland-Deutschen unvergesslich bleiben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Ausländersteuer in Deutschland. Die Blätter befähigen sich in ausführlicher Weise mit der geplanten Aufhebung der Ausländersteuer in Deutschland und nennen sie eine zweifelhafte Maßregelung. Auch in Österreich habe man mit der Ausländersteuer und der Besteuerung der Fremden überhaupt schlechte Erfahrungen gemacht. Auch in Deutschland wird man darüber noch einmal sprechen müssen, weil die Steuer nicht nur die Veranlagungsreisenden, sondern auch diejenigen Ausländer treffe, die aus Geschäftsgründen nach Deutschland kommen. Man glaubt, daß das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen sein dürfte.

Verhandlungen großer bayerischer Verbände. Bayern hat unter Teilnahme des bayerischen Handelsministers eine Beratung der Handelskammer, der Vertreter des bayerischen Industrie- und Großhandels und des Lebensmittelgroßhandels stattgefunden, in der der sofortigen Aufhebung der einseitigen Kursfestlegung die weitgehendste Unterstützung ausgedrückt wurde.

Tschechoslowakei.

Fünf Spione zu schwerem Kerker verurteilt. In Brünn fand der Prozeß gegen die fünf Spione statt, die der politischen Spionagezentrale in Brno in Tschechien die geheimen Verordnungen der tschechischen Militärbehörden und die Mobilisierungspläne für die Eisenbahnen aus geliefert hatten. Die Angeklagten wurden zu schwerem Kerker verurteilt. Der Prozeß ergab, daß eine weitverbreitete tschechische Spionage in der Tschechoslowakei organisiert war.

Sächsischer Landtag.

Schluss des Landtagsberichts vom 11. Juli.

In der Beratung des Gesetzentwurfs über die Gemeindeordnung wird fortgefahren. § 108 handelt von der Abberufung der beim Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amte befindlichen Bürgermeister und Gemeindevorstände auf Verlangen der Gemeindevorstände.

Abg. Blüher (D. Vp.) wendet sich gegen diese Härte und beantragt für diese zurückzutretenden Gemeindevorstände ein Ruhegeld von 80 v. d. ihres bezugsfähigen Dienstverdienstes. Er sei überzeugt, daß das Reich und das Reichsgericht gegen die hier vorgesehene Herausgabe wohlverdienender Rechte eingreifen werde. Minister Viehmann rüst: Wird es sein lassen! Wir sind überzeugt, daß das Reich in deutschen Reiches doch noch durchdringt trotz Herrn Viehmann. Die Vorlage der Regierung und die Vor-

Vogelwiese.

Dresdner Brief.

Dresden steht im Zeichen seines volkstümlichen Festes, der Vogelwiese. Das heißt so viel, als daß Dresden außer Rand und Band ist. Dieses trifft freilich nicht von allen Bewohnern der Altstadt zu, aber doch von vielen. — Den meisten. Der Mietepeter jammert über das viele Geld, das auf der großen Wiese hinter „Anton's“ verjubelt und verendet wird. — Der Bornige schimpft darüber, aber unsere Jugend und auch manche Alte, manche Großmutter, die den Ill' liebt, fährt sich nicht danach und strebt im ratternden Omnibus, im Dampfbus oder der Straßenbahn oder auch auf Schusters Kappen dem Festplatze zu. Die Mädel gehen in den Stadt zurück, manche lärmend und johlend, andere im heulenden Stund, Stedelböden in stilles Umschlingung, ältere Ehepaare oft in dem Stuhl. Hier gleichwohl, der nächste Abend findet wieder eine zahllose Menge in den Bude stehen, trotzdem der Staub in grauen Wolken darüber liegt.

Am Sonntag war es unheimlich voll, der herrliche Sonntag hatte viele Dicker herangeholt, denn die Dresdner Vogelwiese ist weit und breit bekannt und darf nicht ungenutzt verbleiben. Da hat mancher Bauer einige Hundert Gelder aus dem Strohhalm geholt, um sich etwas zu „amüßeren“. Warum auch nicht? Es kommt ja wieder manchem Bären für alle die Produkte seiner freundlichen Dankbaren, der Rabe, Schwäne und Gänse, was

schön bei Aufschlüssen fatteren die Reichsversammlung, deshalb werden wir mit allen Mitteln gegen sie kämpfen.

Abg. Dr. Lehne (Dm.) stimmt dem Vorredner zu. Sie, (nach links) stehen auf ihre Wacht, aber auch ihre Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. Es gibt noch ein Reichsgericht, Herr Viehmann!

Abg. Graw (Komm.) erklärt unter großer Beifall des Hauses, seine Partei werde dem Paragrafen unter Protest zustimmen. Die Rinderbeiträge werden in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 42 Stimmen abgelehnt, und der Paragraf in der Ausschussfassung angenommen. Abends nach 11 Uhr ist die Abstimmung über 210 Paragrafen beendet.

Der Präsident teilt mit, daß ein genügend unterschätzter Antrag auf Vornahme einer dritten Lesung vorliegt. Dann wird die Gesamtstimme der übrigen Gegenstände abgelehnt.

Abg. Guntter (Dm.) wünscht Vertagung des Hauses, da der Bericht über das Gewerbesteuergesetz erst heute verteilt worden sei.

Abg. Dr. Deutler (Dm. Vp.) erklärt, daß seine Partei auf die dritte Lesung der Gewerbesteuer verzichten würde, wenn heute die Weiterberatung der übrigen Gegenstände nicht stattfinden.

Abg. Kaiser (D. Vp.) erklärt sich mit diesem Vergleichsvorschlag einverstanden. Auch die Demokraten erklären ihr Einverständnis hiermit.

Präsident Winkler schlägt vor, heute noch das Vergessene zu erledigen. Das Haus ist damit einverstanden. 11 Uhr abends beginnt die Beratung des Gesetzentwurfs über eine weitere Milderung des Allgemeinen Vergessenen.

Abg. Guntter (Dm. Vp.) beantragt namens des Ausschusses die Annahme des Gesetzes.

Abg. Lüpke (D. Vp.) erklärt die Ablehnung einer zu dem Gesetze gefaßten Entschließung durch seine Freunde. Hierauf findet das Gesetz einstimmige Annahme.

M. Dresden, 12. Juli 1928.

In der heutigen 54. Sitzung findet zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte statt. Bekanntlich hatte bei der Abstimmung über das Beamtenpflichtgesetz Abg. Dr. Koller die Beschlußfähigkeit des Hauses schriftlich angezweifelt, was von der Linken nicht anerkannt wurde. Dagegen ist Protest erhoben worden, sowie gegen die Gültigkeit der Abstimmung in zweiter Lesung. Die Vertreter bürgerlicher Parteien erklären, daß sie sich an der Beratung über diese Angelegenheit nicht beteiligen werden. Sie verlassen darauf den Saal. Da beantragt Abg. Müller-Chemnitz (Soz.) die zweite Lesung des Beamtenpflichtgesetzes noch einmal vorzunehmen. Das Haus ist damit einverstanden.

Rap. 30, Porzellanmanufaktur Meißen, wird debattiert nach dem Entschluß der Abgeordneten. Ueber Rap. 33a, Staatstheater und Rap. 34, Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, und Rap. 44a, Kunstzweck im allgemeinen, berichtet Abg. Frau Büttner (Soz.). Sie weist auf den hohen künstlerischen Stand der Staatstheater hin, der sich gegenwärtig in dem jährlichen Haushalt der Oper offenbart. — Abg. Scheller (Komm.) behauptet, in dem neulich im Schauspielhaus gespielten Stück „Wescher und Händler“ zeige sich der Bankrott der sächsischen Theaterpolitik. In diesem Stück läßt die schäufische Tendenz unverhüllt zum Ausdruck. Seine Freunde beantragen, daß die Regierung sofort das Weiterarbeiten dieses Stückes verhindere, die für die Aufführung dieses Stückes verantwortlichen Personen sofort zur Rechenschaft zu ziehen und die schärfste Kontrolle über den Spielplan auszuüben. Abg. Claus (Dem.) warnt davor, die Reichsbetriebsausgaben von 9-10 Milliarden Mark für die sächsischen Staatstheater als eine dauernde Einrichtung anzusehen; das Theater müsse versuchen, mit den eigenen Einnahmen auszukommen. — Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Von einer Partei, die die Freiheit im Mund führe, klinge der Ruf nach dem Zensor recht eigentümlich. Wir protestieren gegen die Zustimmung, in die Freiheit des Spielplans einzutreten. — Abg. Siegert (Dm.): Der Landtag sei nicht das geeignete Forum zur Behandlung kultureller Fragen. — Abg. Frau Büttner (Soz.) erklärt unter großem Beifall der Kommunisten, deren Antragtrag werfe die Kultur in eine Zeit zurück, die man überwinden werde. Sie (zum Abg. Büttner) haben in Russland, woher sie joden kommen, eine Zensur, vor der man ausweichen möchte. Sie haben in Russland jede sozialdemokratische Meinungsäußerung erzwungen. Ihr Zensurantrag ist eine Verkörperung reaktionärer Gesinnung in höchstem Maße. (Ungeheurer Beifall der Kommunisten. Ruf: Das will eine Vertreterin des Proletariats sein!) Wir werden die Dummheiten des Bolschewismus nicht mitmachen. — Der kommunistische Antrag wird gegen wenige kommunistische Stimmen abgelehnt. — Abgeordneter Dr. Lehne (Demokrat) vertritt einen Minderheitsantrag, 100 Millionen Mark für die sächsischen Landesbibliothek einzustellen. — Der Antrag wird abgelehnt, die Einkstellungen werden bewilligt und die vorliegenden Eingaben der Regierung überwiesen.

Es folgt Rap. 53, Wohlfahrtspflege, Fürsorgeerziehung und Kleinrentnerfürsorge, sowie die Vorlagen über die Verwendung von Ueberflüssen aus der Landwirtschaft für die Rinderbeiträge für bedürftige Kreise und über die Bewilligung von Mitteln zur Aufschaffung von Lebensmitteln zwecks Fortführung der erweiterten Schulminderleistung in der zweiten Ausbildungsperiode im Sommer 1928. Der Ausschuss beantragt durch seine Berichtskammerin Abg. Frau Schilling (Soz.) die Genehmigung des Kapitels und Annahme der Vorlagen. — Abg. Fri. Herzwig (Dm.) bedauert, daß der Christliche Frauenverein nicht dieselben Zuschüsse genährt werden sollen, wie den beiden anderen Frauenvereinen. Die kommunistischen

Wohlfahrtspflege, Fürsorgeerziehung und Kleinrentnerfürsorge.

Abg. Dr. Lehne (Dm.) wendet sich gegen die Vorschläge, die Ueberflüsse aus der Landwirtschaft für die Rinderbeiträge für bedürftige Kreise und über die Bewilligung von Mitteln zur Aufschaffung von Lebensmitteln zwecks Fortführung der erweiterten Schulminderleistung in der zweiten Ausbildungsperiode im Sommer 1928. Der Ausschuss beantragt durch seine Berichtskammerin Abg. Frau Schilling (Soz.) die Genehmigung des Kapitels und Annahme der Vorlagen. — Abg. Fri. Herzwig (Dm.) bedauert, daß der Christliche Frauenverein nicht dieselben Zuschüsse genährt werden sollen, wie den beiden anderen Frauenvereinen. Die kommunistischen

führt es ihn, daß an all den Rednerinnen, die angekündigt sind, vierstellige Zahlen mit einander wetteifern: Er hat's ja, er kann's. — Die große „Mietbahn“ mit dem raffinierten Auf und Ab seiner Fahrtrassen ist im vollen Betrieb. Wagen um Wagen fährt, erst geht es feil hinaus, dann saust der Wagen abwärts in großen Kurven, wieder einen Hügel an durch das Gesäß der Bewegung bedingt, dann immer weiter hinunter, Schiefe um Schiefe, die Wageninsassen lachen, jauchzen, quietschen, wenn sie, stummhinfällig, mit den Köpfen zusammenstoßen oder sich gegenseitig an die Drahtsitzen, aber abwärts geht es, unaufhaltsam. Viele Lebensbahnen sind so, sehr viele. — Nun quietscht es, dröhnt und pfeilt in schauerlichem Gemisch, Drehorgel und elektrische Spielkellinstrumente. Die großen Schmuckträger, Karussell aller Arten, vom Kettenkar, wo die Jungen auf stärksten bunt bunt Löwen, Wölfen und Hebras reiten, bis zu den großen mit raffinierten Schauzeinstellungen versehenen. Da klirrt die Duverrière „Düster und Baur“ mitten hinein in die bündigste Schimmigkeit, schrille Glockentöne und heftiger Aufschrei laden zum Verfolgen der Schaulust, und die losen an Ketten hängenden Spielplätze der neuesten Art, die felsen-ähnlichen Hügel bilden einen unangenehmen Wüstenlauf. Da ein grellbuntes Heiligenbild neben zwei Werkschiffen als Gewinn aufgestellt, dort loden große Korbfisch zum Gewinn. — Die kleinen, lächerlich wertlosen Gegenstände sind freilich in der Ueberzahl. Auch Wägen, wo man Aluminium, die Schmuckstücke unterer Hausfrau, in unheimlichen Mengen gewogen. Aus da sind jenen manchen Amantens-

Anträge lehnten Ihre Freunde ab. — Abg. Ballmann (Dm.) wendet sich ebenfalls gegen die Ungerechtigkeit, die Christliche Frauenvereine nicht zu unterstützen. Die Bestimmungen der drei Schulen seien die gleichen, nur sei der Einfluß der Christlichen Unterricht ein Dorn im Auge. — Abg. Sidler (Dm.) verlangt Anweisungen an die Fürsorgeämter, wie die Kleinrentner zu behandeln seien. Die größte Härte sei es, von den Kleinrentnern die Rinderbeiträge der gewöhnlichen Unterhaltungen zu verlangen. — Abg. Frau Büttner (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten würden der Christlichen Frauenvereine die Zuschüsse verlangen, weil sie nicht wünschen, daß die kommenden Wohlfahrtsbeamten in einer bestimmten konfessionellen Einbeziehung gezogen würden. — Abg. Scheller (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge auf Beschlagnahme und möglichst unentgeltliche Abgabe von Milch für Säuglinge, Schwangere, Kranke und Gesehnde, auf ein Alkoholverbot, auf Verbot gewerblicher Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in den Fürsorgeerziehungsanstalten. — Abg. Rammelsberg (Dm.) erwidert auf den kommunistischen Antrag, durch ihn könnten die Schwierigkeiten der Milchbeschaffung nicht beseitigt werden. Die Milchnot in Sachsen rühre von den Höchstpreissetzungen her. — Abg. Claus (Dem.) wendet sich gleichfalls gegen die kommunistischen Anträge. — Wirtschaftsminister Bekker erklärt, die Regierung denke nicht daran, die Verordnung über die Milchbeschaffung aufzuheben. Erst müßten die Arbeiter ihre Leistungen in Goldwerten bezahlt erhalten, wie sie die Sanwirte und Industriellen für ihre Erzeugnisse schon längst erhielten. — Die kommunistischen Anträge wurden abgelehnt. Zum Zweck der Milchbeschaffung werden 900 Millionen Mark, für die Fortführung der Schulminderleistungen 15 Milliarden Mark bewilligt.

Ueber Rap. 32, Technische Hochschule zu Dresden, berichtet Abg. Blüher (Dm. Vp.). Die Technische Hochschule solle allen Begabten offen stehen, deshalb seien große Mittel nötig für die bedürftigen Studierenden. Die Einkstellungen werden nach der Vorlage genehmigt.

Es folgt die Beratung über Rap. 101, Allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und öffentlichen Unterrichts, sowie über die Vorlage betr. die Herausgabe einer Zeitschrift zur Förderung staatsbürgerlicher Auffklärung und Bildung der Jugend. — Der Ausschuss beantragt durch Abg. Büttner (Soz.) Genehmigung der Einkstellungen und der Vorlage. — Abg. Schillmann (Dm.) begründet den Minderheitsantrag, neben der Bundesbahn des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auch dem 14. Turnkreis Sächsen der Deutschen Turnerschaft 50 000 Mark (bzw. 1 Million Mark) Unterstützung zu gewähren. — Abg. Ellert (Komm.) bekennt, daß es sich nur um eine Vergeltungsmassnahme handelt, wenn der Deutschen Turnerschaft jetzt keine Unterstützung gegeben werde. — Abg. Frau Büttner (Soz.) sagt den Kommunisten, sie lehnten die Herausgabe der Zeitschrift zur Förderung staatsbürgerlicher Auffklärung nur ab, weil sie wüßten, daß nicht im bolschewistischen Sinne aufgeföhrt werde. — Der Antrag Schillmann wird abgelehnt. Da auch der Abg. Wedel dagegen stimmt, ruft ihm die Rechte zu: Die Deutsche Turnerschaft wird ihnen die Antwort darauf geben. Die Herausgabe der Auffklärungszeitung wird mit Hilfe der Kommunisten abgelehnt.

Der Bau des Obergrabens zu einer Wasserkränanlage an der Freiburger Straße bei Rosterburg wird genehmigt. — Derselben die Gewährung eines Darlehens in Höhe von 200 Mill. Mark an die Groß-Textil-Werke H. G. in Leipzig. Die Kommunisten lehnen die Summe ab. — Abg. Berg (Dm.) weist darauf hin, daß es sich hier nicht um ein Geschenk handelt, sondern um ein Darlehen zur Errichtung eines Werkhauses. — Abg. Dr. Reinhold (Dem.) schließt sich dem Vorredner an. — Die 200 Mill. Mark werden gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt.

Der Ausschuss beantragt ferner, den nach der Vorlage beschleunigten Erweiterungsbau bei dem Staatlichen Kalzwerke Gernsdorf zuzustimmen und zu genehmigen, daß die erforderlichen Mittel, die in einem Nachtrag zum außerordentlichen Etat eingestellt werden sollen, bis zu einem Betrage von 3 Milliarden Mark schon jetzt vorausgeschlagen werden. — Der Antrag findet gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei Annahme.

Es wird nunmehr eingetreten in die zweite Beratung des Gewerbesteuergesetzes.

Den Bericht erstattet Abg. Bethke (Soz.) der Annahme der Mehrheitsanträge empfiehlt. — Abg. Dr. Schneider (Dm.) empfiehlt unter Verweisung auf seine Ausführungen bei der ersten Lesung die Annahme der Minderheitsanträge. Er befürchtet den Eintritt einer sehr schlechten Konjunktur, die es der Industrie und dem Gewerbe unmöglich machen werde, die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen. Verabe der Kleinhandel sei ein Opfer der Selbstwertung geworden. Für den Ertrag einer Steuer kommt es nicht darauf an, ob sie im Landtag eine Mehrheit von ein paar Stimmen findet, sondern ob sie von der gesamten Bevölkerung als tragbar empfunden wird. Die Steuerfreiheit der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ist eine steuerliche Ungerechtigkeit.

Die Verhandlungen dauern bei Abendung des Berichtes noch fort. Nächste Sitzung: Freitag, 13. Juli, vorm. 11 Uhr.

Vermischtes.

Mauh mord auf einem Gut bei Beelitz. Ein schwere Mordtat ist am Mittwoch auf dem Bauerngut Wieden bei Beelitz verübt worden. Dort wurde die Landwirtin Thiele, die sich zum Besuch bei ihrem Schwiegervater aufhielt, ermordet. Als Täter kommt wahrscheinlich ein ehemaliger Anwalt namens Decker in Betracht. Die Verfolgung des Verbrechens ist von der Potsdamer Staatsanwaltschaft und dem Amtsgericht Beelitz eingeleitet.

markstein am Tageslicht. „Das letzte Loß, meine Herrschaften! Das allerletzte!“ So klingt es immer wieder, bis eine Serie verläuft ist und das Glückspiel beginnt. — Vor den Schaubuden laßt der Verkehr, Männer und Weiber, mit einer unheimlichen Menge Schminke beschminkt, laden die Umstehenden zum Betrachten der „behaarten Jungfrau“ und der „leiten Irma“ ein. Auch ein Rößl mit zwei Köpfen und dressierte Störche sind zu sehen. Das Nierenprodukt mit seinen Jungen angehängt über 300 Jahre alt. — Woher man das wohl weiß? — Da steht auf erhöhter Bühne ein Athlet. Er krafft die Muskeln an den Armen und den schauerhaft schwebenden Rücken und der Zuschauer behauptet fröhlich, er könne die Schwere „Ragenkörbe“ tragen, ohne mit der Wimper zu zuden. Dort wird ein niedliches Kesschen gezelet, es soll mit ganz besonderen Kunststücken die Zuschauer reizen, sehr heiß aber an der Holzbank seiner Bude gelehrt, legt das Orsentröpfchen auf den Arm und macht ein Gesicht wie ein unglücklicher Diener, der kein Honorar bekommt. So geht es durch laufende Bühnenreihen bis an das Ende der Wiese, wo doch in blauer Luft die drei Abstrichbügel ihrer Schuppen barren, vorüber an kleiner und größerer Schaulustigen, wo unzählige Wurten- und Nierenprodukte ihre Ware feilbieten, vorüber an Wärfelbuden und Würfelbuden, wo winzige Spielbuden fast verdorrter Kalle als Gewinn aufgestellt sind. — Immer das gleiche Bild! Nur daß die Pfennig- und Groschengesichte sich in viele Laufender verwandelt haben. Wird die nächste Vogelwiese vielleicht mit Millionengettel arbeiten?

Rogina Berthold.